

Afghanistan-Krieg: Die Ohnmacht des Westens

Majd El-Safadi

Afghanistan ist geopolitisch bedeutsam. Imperien haben dort die Grenzen ihrer Macht erfahren: die Briten, die Sowjetunion und jüngst die USA. Nicht von ungefähr spricht man von Afghanistan als *Graveyard of Empires*, vom Friedhof der Großreiche. Nach zwei Jahrzehnten geht der längste Krieg in der US-amerikanischen Geschichte zu Ende. Im Rahmen der internationalen Schutztruppen (*ISAF*, 2001 bis 2014) und der Mission *Resolute Support* (ab 2015) beteiligte sich auch Deutschland. Zwischenzeitlich waren mehr als 5.000 deutsche Soldaten in Afghanistan, 59 verloren ihr Leben. Mehr als zwölf Milliarden Euro kostete der Einsatz von 2001 bis Ende 2020. Für die USA liegen die Kosten inklusive ziviler Hilfen bei weit über zwei Billionen US-Dollar (Statistik des *Costs of War*-Forschungsprojekts der Brown University).

Die Bilanz des Krieges ist verheerend: „Amerikas größtes strategisches Desaster“ (*Foreign Policy*). Die *SZ* stellt treffend fest, dass die USA und ihre Alliierten Afghanistan gedemütigt verlassen haben. Dass die letzten deutschen Soldaten nicht einmal anständig empfangen worden sind, kritisiert *FAZ*-Mitherausgeber Berthold Kohler: „Fußballspieler, die ein Achtelfinale verstopft haben, kann man so behandeln, nicht aber Soldaten.“ Der Journalist Alan Posener geht in der *Welt* einen Schritt weiter: „Das müsste auf den Grabsteinen der Gefallenen stehen: Ihr seid umsonst gestorben.“ Und Ludger Volmer bemerkte jüngst in dieser Zeitschrift: „Während die USA das „Recht zum Krieg“ hatten, verletzten sie das „Recht im Krieg“ und verloren damit auch Legalität.“ Nun haben wir die Debatte um diesen Krieg. Dabei gibt es das Spannungsverhältnis zwischen der „Logik der Werte“ und der „Logik der Macht“ (Heinrich August Winkler). „Der Truppenabzug“, so Herfried Münkler in der *NZZ*, „ist das Eingeständnis, dass sich der Westen mit dem Projekt einer liberalen Weltordnung überhoben hat.“ Münkler wertet den Abzug aus Afghanistan als „historische Zäsur“. Woraufhin der Journalist Richard Herzinger ebenjenem „professionalen Abgesang auf die liberale Weltordnung“ widerspricht. Eine rationale Analyse zeigt, dass Münklers These zutrifft.

Erstens haben sich die USA als Führungsmacht nicht nur überhoben, sondern die *Pax Americana* ist in Afghanistan völlig gescheitert. Infolge der Terroranschläge vom 11. September 2001 galten die Verfolgung der al-Qaida-Terroristen und der Sturz des Taliban-Regimes als vordergründige

Ziele. Später kam, *zweitens*, die Demokratisierung Afghanistans als hehres, aber illusorisches Ziel hinzu. Fortan stand der Einsatz im Zeichen des *Nation-Building* mit militärischen Mitteln und missionarischem Impuls. Eine krachende Niederlage des „liberalen Imperialismus“ (Carlo Masala) ist gleichermaßen der völkerrechtswidrige Irakkrieg (2003). Vor dem Einmarsch in den Irak hatte Außenminister Colin Powell US-Präsident George W. Bush gewarnt: „*If you break it, you are going to own it.*“ Damit spielt Powell auf eine langfristige Strategie für die Nachkriegsordnung im Irak an, die bis dato fehlte. Eine kohärente Afghanistan-Strategie mit realistischen Zielen war ebenfalls nicht zu erkennen. *Drittens* fehlte das Verständnis für die afghanische Kultur und Gesellschaftsordnung: Ein Vielvölkerstaat mit vier dominierenden Stämmen (Paschtunen, Tadschiken, Usbeken/Turkmenen, Hazara) und vielen islamischen Strömungen. Daraus ergeben sich ethnisch-kulturelle Konflikte und eine Zersplitterung der Gesellschaft. Fortwährende Probleme sind die Korruption, der Analphabetismus, die Stadt-Land-Kluft und das Stammesdenken. Christian Graf von Krockow wies zu Recht darauf hin, dass Demokratie an eine spezifische politische Kultur, an Vorbedingungen gebunden sei, „die sich nicht ohne Weiteres herstellen und schon gar nicht schematisch auf andere Kulturen übertragen lassen.“ *Viertens* hat man die symbolische Wirkung unterschätzt, da sich die Intervention in den „Katalog von Kränkungen“ der islamischen Welt fügt und einen „Kampf der Kulturen“ entlang kultureller Bruchlinien befeuert.

Fünftens ist die gegenwärtige Situation Ausdruck der bevorstehenden Unruhe, des Chaos und der Hilflosigkeit innerhalb der afghanischen Bevölkerung: Die Taliban sind wieder auf dem Vormarsch und erobern unumwunden afghanische Städte: Kandahar, Herat, Lashkar Gah, Kundus, den früheren Bundeswehrstandort Masar-i-Scharif, und zuletzt die Hauptstadt Kabul. Die afghanische Armee hatte dem nichts entgegenzusetzen, obwohl mehr als 90 Milliarden US-Dollar aus den USA in die Ausbildung und Unterstützung der afghanischen Sicherheitskräfte geflossen sind. 350.000 Soldaten und Polizeikräfte sollen von westlichen Streitkräften ausgebildet worden sein. Hinzu kommen Schusswaffen, Munition, Hubschrauber, gepanzerte Fahrzeuge – eigentlich für den Kampf gegen die Taliban bestimmt, und jetzt in den Händen der radikalislamistischen Miliz. Demnach übernahmen bewaffnete Kämpfer der Taliban die Kontrolle über den Präsidentenpalast in Kabul und posierten stolz. „Unser Land wurde befreit und die Mudschaheddin haben in Afghanistan

gesiegt“, sagte einer von ihnen dem TV-Sender *Al-Jazeera*. Und wo weit währenddessen der afghanische Präsident Aschraf Ghani? In einem Akt politischer Feigheit flieht Ghani ins Ausland, mutmaßlich nach Tadschikistan, und erklärt bei Facebook: „Die Taliban haben gesiegt.“ Nun sei die Miliz verantwortlich für „die Ehre, das Eigentum und die Selbsterhaltung ihrer Landsleute“. Dass das hinterlassene Machtvakuum rasch genutzt und gefüllt werden würde, lag auf der Hand. Die *New York Times* titelte: „Afghanistans Regierung kollabiert“ und „Taliban erobern Afghanistan; U.S. scrambles to evacuate Americans“.

Bereits im Juli prophezeite das *Wall Street Journal*, dass Afghanistan „Joe Bidens Vietnam“ sei. Afghanistan, ein zweites Vietnam? Biden weist den Vorwurf brüsk zurück und will auch keine Parallelen erkennen. Nachdem die Taliban zu diesem Zeitpunkt kurz davor standen, die Hauptstadt Kabul einzunehmen, begannen die USA mit der Evakuierung ihrer Botschaft mittels US-Hubschraubern. Dabei erinnern die Bilder *volens volens* an den Fall bzw. die Evakuierung von Saigon 1975. Ein Bild maximaler Demütigung der einst unangefochtenen Weltmacht, damals wie heute wohlgerneht. „Biden hat seinen Saigon-Moment!“ stellt die *Bild*-Zeitung überschwänglich fest. Eine Assoziation, die Biden, der im „*America-is-back*“-Modus verharret, tunlichst vermeiden wollte. Symbolpolitik ist eben auch Machtpolitik. Die USA sind dem *machtstrategischen Paradoxon* zum Opfer gefallen: Die verwundbare Supermacht wollte Vergeltung für den 11. September 2001 und unbedingt ihre militärische Macht demonstrieren. Mit der *imperialen Überdehnung* haben die USA hingegen ihre Machtlosigkeit zur Schau gestellt. Kurzum: Der vermeintliche *war of necessity* ist zu einem kostspieligen *war of choice* geworden, der nicht zu gewinnen war. Somit markiert der unrühmliche Abzug aus Afghanistan das Ende eines zwanzigjährigen außenpolitischen Abenteuers, das einem Selbstbetrug gleicht und entsprechend quittiert wird. Statt die Sicherheit am Hindukusch zu verteidigen, hat man einen *postimperialen* Raum der Unsicherheit geschaffen. Es besteht die Gefahr, dass ein weiterer *failed state* entsteht, der in einzelne, schwer beherrschbare Territorien zerfällt und zu einer Hochburg des islamistischen Terrorismus heranwächst. Die Folgen werden Europa und Deutschland spüren: Migrationsströme, Gefährdung industrieller Großprojekte (Siemens Energy) und verstärkte Terrorgefahr.

Es ist bezeichnend, dass der Krieg genauso endet, wie er begonnen hat: mit der Herrschaft des Taliban-Regimes und dem Ziel, ein „*Islamisches Emirat*“ zu errichten. Aber schon Hegel wusste: „Wir lernen aus der

Geschichte, dass wir überhaupt nichts lernen.“ Warum haben die USA aus dem Fiasko im Irak und dem Aufstieg des *Islamischen Staates* (IS) nichts gelernt? Der Afghanistan-Veteran Jason Dempsey bietet eine polit-psychologische Erklärung in der *Washington Post* an: „Wir gingen davon aus, dass der Rest der Welt uns so sah, wie wir uns sahen. Wir glaubten, dass wir die Welt nach unserem Bild formen konnten, indem wir unsere Waffen und unser Geld einsetzten.“ Beide Annahmen hätten sich, folgert Dempsey treffend, „auf tragische Weise“ als falsch erwiesen.

Was bleibt? Die „Achse des Scheiterns“, die fehlgeschlagenen Interventionen in Afghanistan, im Irak und in Libyen, zeigen den Machtverlust der USA im mittlerweile multipolaren Nahen Osten. Die Destabilisierung der Region, Bürgerkriege und die Rückkehr des Terrorismus hat man bewusst in Kauf genommen. „Wenn das Ende der Macht in Sicht ist, ist die Macht am Ende“, schreibt Jakob Augstein. Als Folge von Hybris, Orientierungs- und Strategielosigkeit steht das Scheitern in Afghanistan für diese ohrenbetäubende Ohnmacht des Westens. 🌐

Majd El-Safadi

geb. 1997, B. A. Geschichte, Politikwissenschaften und Soziologie, studiert im Master *War and Conflict Studies* an der Universität Potsdam, Stipendiat der Studienstiftung des deutschen Volkes und der Deutschlandstiftung Integration, Fulbright-Alumnus und *WeltTrends*-Redakteur
majd.elsafadi@welttrends.de



ANZEIGE



Papiere 16 | November 2011

Fiasco Afghanistan

Den Krieg um Afghanistan hat der Westen verloren - wieder einmal. Die Frage des Abzugs bestimmt die außen- und sicherheitspolitische Agenda, nicht nur in Washington D.C. und Berlin. Ziel ist, das "Fiasco Afghanistan" möglichst glimpflich enden zu lassen - aber wie? Die Frage hat auch 2011 nicht an Aktualität eingebüßt. Experten diskutieren die Ausgangslage des Afghanistan-Komplexes und analysieren Abzugsstrategien - klar, kontrovers, pointiert.